

Was ist TTIP?

TTIP steht für "Transatlantic Trade and Investment Partnership", deutsch "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft". Darunter versteht man ein Handelsabkommen, das die EU-Kommission seit 2013 mit den USA verhandelt. Es geht um nichts Geringeres als die größte Freihandelszone der Welt – quasi eine "Wirtschafts-NATO", die die Privilegien von Konzernen und Investoren absichern und sogar noch ausweiten soll.

Warum TTIP?

Laut BefürworterInnen sollen mit diesem transatlantischen Abkommen Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies soll erreicht werden, indem Unternehmen der Marktzutritt in einem der am TTIP beteiligten Staaten erleichtert wird. Dafür sollen die Investorenrechte gestärkt, die Regeln des europäischen und des amerikanischen Binnenmarktes angeglichen und die Märkte für öffentliche Aufträge geöffnet werden. Die Vorteile, die TTIP den Unternehmen bieten würde, wären bindend, dauerhaft und quasi unumkehrbar, weil jede Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann.

Konzern darf Österreich verklagen

Und wenn ein Land z. B. höhere Umweltstandards hat, die ein Unternehmen daran hindert, in diesem Land Geschäfte zu machen? Dann kann der Konzern das Land auf gigantische Entschädigungen wegen Geschäftsausfalls klagen. Angerufen werden hierfür aber nicht nationale Gerichte, sondern ein Schiedsgericht ohne Instanzenzug und demokratischer Kontrolle.

Beispiel MONSANTO: Der Gentech-Riese Monsanto könnte Österreich, wo Gentechnik verboten ist, auf Entschädigung klagen!

Wer profitiert vom TTIP?

Die Konzerne. Die Verhandlungen werden federführend von HandelsexpertInnen geführt, die die Interessen der Wirtschaft offensiv vertreten. Für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks stellen höhere Standards für Sozial-, Umwelt-, VerbraucherInnenschutz-, Gesundheits- und Datenschutz Handelsbarrieren dar, die es abzubauen gilt. Das Ziel ist möglichst freier Wettbewerb! Sehen Unternehmen ihre Gewinne aufgrund von gesetzlichen Vorgaben bedroht, greifen sie zur Klage.

Beispiel VATTENFALL: Der schwedische Energieriese Vattenfall verlangt derzeit von Deutschland 3,7 Milliarden, weil der Bundestag die Energiewende beschlossen hat und Atommeiler früher abgeschaltet werden müssen. Der/die SteuerzahlerIn müsste für den angeblichen Profitentgang geradestehen! Zivilgesellschaftliche Organisationen haben dabei überhaupt kein Mitspracherecht. Das ist inakzeptabel – und könnte mit dem TTIP bald zum Normalfall werden.